



# *Brief aus Straßburg*

**Dr. Renate Sommer (CDU)**

**Europaabgeordnete für das Ruhrgebiet**

**Nr. 83 / November 2009**

## **Liebe Leserin, lieber Leser,**

in der November-Plenarwoche in Straßburg befassten wir uns u.a. mit dem europäischen Telekommunikationsrecht, dem so genannten „Stockholmer Programm“ über die Zusammenarbeit in Fragen der Justiz- und Innenpolitik, der Stellungnahme des Parlaments zu den anstehenden Klimaverhandlungen in Kopenhagen und mit der Erweiterungsstrategie der Kommission für 2009.

Außerdem wurde Philippe Lioret für seinen Film "Welcome" mit dem diesjährigen LUX-Filmpreis ausgezeichnet. Dieser Preis wird seit 2007 durch das Europäische Parlament verliehen und zeichnet Filme aus, die in besonderer Weise die europäischen Werte, kulturelle Vielfalt und den europäischen Integrationsprozess veranschaulichen.

### **Telekommunikationspaket**

Nach harten Verhandlungen mit EU-Kommission und Ministerrat verabschiedete das Europäische Parlament nun in dritter Lesung den Rechtsrahmen für den EU-Telekommunikationsmarkt. Dieses „Telekompaket“ stärkt den Wettbewerb und gibt Investitionsanreize für den Ausbau von Breitbandnetzen. Wir Parlamentarier konnten eine flexiblere Frequenzpolitik in der EU durchsetzen, um eine flächendeckende Versorgung mit mobilen Breitbanddiensten zu fördern. Umstritten war insbesondere die Einschränkung des Internetzugangs. Der ausgehandelte Kompromiss sieht nun vor, dass Maßnahmen der EU-Mitgliedstaaten im Hinblick auf den Zu-

gang oder die Nutzung von Angeboten über elektronische Kommunikationsnetze die Grundrechte nicht verletzen dürfen. Einschränkungen sind nur zulässig im Wege eines fairen und unabhängigen Verfahrens, welches dem Nutzer ein Anhörungsrecht gewährt und den Grundsatz der Unschuldsvermutung sowie das Recht auf Schutz der Privatsphäre sicherstellt. Alles in allem ein gelungenes Gesetzespaket, das den Internetzugang schützt, die Verbraucherrechte stärkt, den Datenschutz verbessert und den Wettbewerb der Telekommunikationsunternehmen fördert!

### **Stockholmer Programm**

Das „Stockholmer Programm“ beschreibt einen Fahrplan für die Weiterentwicklung der Zusammenarbeit der EU-Mitgliedstaaten in der Justiz- und Innenpolitik. Es geht dabei um Themen wie die Unionsbürgerschaft, die innere Sicherheit, Asyl und Einwanderung, die Bekämpfung von Terrorismus und organisierter Kriminalität und um das Zivilrecht. Dieses Fünfjahresprogramm, zu dem das Europäische Parlament jetzt Stellung nahm, wird das zurzeit geltende Haager Programm der EU von 2004 ablösen. Die Verabschiedung des Stockholm-Programms durch die EU-Staats- und Regierungschefs soll auf dem Europäischen Gipfel am 10./11. Dezember 2009 erfolgen. Die beschlossenen Prioritäten dienen dann wiederum einem Aktionsplan als Rahmen, der unter der spanischen Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2010 beschlossen werden soll.

Das Programm stellt eine gute Grundlage für die europäische Justiz- und Innenpolitik der kommenden Jahre dar. Es berücksichtigt Sicherheitsaspekte und Bürgerrechte gleichermaßen. Unser Ziel ist es insbesondere, die bürgerlichen Freiheiten im EU-Recht zu stärken.

## **Klimagipfel**

In einer Resolution forderte das Europäische Parlament die EU-Staats- und Regierungschefs auf, sich für konkrete Ziele beim Klimagipfel in Kopenhagen einzusetzen. Bei den Verhandlungen im Dezember soll ein Nachfolgeabkommen für das Kyoto-Protokoll zur Reduzierung des Ausstoßes von schädlichen Treibhausgasen vereinbart werden.

Eine Reduzierung der Schadstoffemissionen um 30 % soll dazu beitragen, die Erderwärmung langfristig auf zwei Grad zu begrenzen. Mit diesem Reduktions-Ziel gehen auch die EU-Umweltminister in die Verhandlungen. Die EU will also mit gutem Beispiel vorangehen. Alle unsere Maßnahmen sind aber nur ein Tropfen auf den heißen Stein, wenn der Rest der Welt keine entsprechenden Maßnahmen ergreift. Deshalb fordern wir z.B. die Einbindung der internationalen Luft- und Seefahrt in die Vereinbarung. Auch die Entwicklungs- und Schwellenländer müssen in die Aktivitäten gegen den Klimawandel einbezogen werden. Nur wenige Schwellenländer, wie z.B. Brasilien, haben bereits konkrete Reduktionsziele vorgelegt. Die meisten armen Länder können sich Klimaschutzmaßnahmen nämlich schlichtweg nicht leisten. Sie sind also auf Finanzhilfen angewiesen. Nach Berechnungen der Europäischen Kommission werden Entwicklungsländer bis zum Jahr 2020 rund 100 Milliarden Euro zur Senkung ihrer Treibhausgasemissionen benötigen. Bevor aber Geld fließen kann, müssen sehr konkrete Maßnahmen für die Überwachung der Mittelverwendung in diesen Ländern geplant werden. Sonst

versickert das Geld in den dunklen Kanälen korrupter Regierungen.

## **Erweiterungsstrategie**

Die Stellungnahme des Europäischen Parlaments zum diesjährigen Erweiterungsbericht der EU-Kommission lobt die Entwicklung Kroatiens und Mazedoniens. Die Verhandlungen mit Kroatien könnten bereits Mitte 2010 zum Abschluss kommen. In den Ländern des Westbalkans gibt es jedoch noch erheblichen Nachholbedarf. Insbesondere die Rechte der Frauen und ethnischer Minderheiten werden dort nach wie vor mit Füßen getreten.

Größtes „Sorgenkind“ bleibt aber die Türkei. Scharf kritisieren wir die fortbestehende Unterdrückung religiöser Minderheiten und die massiven Einschränkungen der Meinungs- und Pressefreiheit. Außerdem fordern wir die Türkei mit Nachdruck auf, ihre See- und Flughäfen für Waren aus der [Republik Zypern](#) zu öffnen. Es steht aber zu befürchten, dass die dafür gesetzte Frist Ende 2009 wieder einmal ereignislos verstreicht. Ich hoffe, dass die EU in diesem Fall endlich einmal Sanktionen gegen die Türkei verhängt: Es kann schließlich nicht sein, dass ein Kandidatenland sich permanent unseren berechtigten Forderungen verweigert!

Insgesamt brauchen wir aber ein Umdenken in der Erweiterungspolitik. Ein ständiges "Weiter so" würde die Union EU sprengen. Kroatien sollte vorerst das letzte Land sein, das in die EU aufgenommen wird!

Bis zum nächsten Straßburgbrief im Dezember grüßt Sie herzlich

Ihre



Dr. Renate Sommer, MdEP

Büro Herne:

Tel. 02323/918511, Fax 02323/918512



## *Brief aus Straßburg*

**Dr. Renate Sommer (CDU)**

**Europaabgeordnete für das Ruhrgebiet**

**Nr. 83 / November 2009**

Büro Brüssel:

*Tel. 0032-228-47383, Fax: 0032-228-49383*

E-Mail: *renate.sommer@europarl.europa.eu*

[www.renate-sommer.de](http://www.renate-sommer.de)